

**Amthche Bekanntmachungen**

**Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Kreis Melsungen**

**Landschaftsschutzgebiete in den Gemarkungen der Gemeinden Altenburg, Felsberg, Melsungen, Röhrenfurth und Spangenberg**

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I. S. 821) in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes vom 20. Januar 1938 (RGBl. I. S. 36) sowie des § 13 Abs. 1 und 3 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I. S. 1275) in der Fassung der Ergänzungsverordnungen vom 16. September 1938 (RGBl. I. S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I. S. 481) und des § 22 (2) des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. März 1968 (GVBl. S. 83) in Verbindung mit § 1 des Hessischen Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 169) wird mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Kassel vom 3. 4. 1969 folgendes verordnet:

**§ 1**

Die nachstehend näher bezeichneten Landschaftsteile in den Gemarkungen der Gemeinden Altenburg, Felsberg, Melsungen, Röhrenfurth und Spangenberg werden nach Maßgabe der folgenden Vorschriften dem Schutze des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt. Zur Verdeutlichung des Grenzverlaufes sind die Landschaftsteile mit grüner Umrahmung in einer Landschaftsschutzkarte eingetragen, die bei dem Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - untere Naturschutzbehörde - hinterlegt ist.

1. **Der Burgberg der Altenburg**  
In der Gemarkung Altenburg Flur 1, Flurstück 86/49.
2. **Der Schloßberg der Felsberg**  
a) in der Gemarkung Felsberg Flur 1, Flurstück 87/1.  
b) in der Gemarkung Felsberg der auf dem Weinberg (Alter Schießstand) gelegene Acker mit Wiese Flur 8, Flurstücke 24 und 25, Flur 9, Flurstücke 122/2, 123, 125 und 126 - das Gelände liegt etwa 500 m westlich des Burgfriedes der Burgruine und etwa 100 m östlich der ehemaligen Ziegelei in Felsberg.
3. In der Gemarkung Melsungen  
a) Der Abhang des Kesselberges Flur 3, Flurstücke 232, 39, 40, 38, 37, 202, 185, 184, 15/1, 15/2, 253/14, 254/14, 13, 9, 10, Teil aus 196/6 (Weg) - der Teil, der an die Flurstücke 11/1, 10, 13, 253/14 und 15/2 angrenzt, 11/1, 3, 231/3 und Flur 2, Flurstücke 48, 66, 65/3, 23/1, 20/4, 16, 15, 13/1, 13/2, 14, 64, 22/9, 22/8, 22/7, 1/1, 1/2,

2/3, 8/25, 8/24, 8/15, 8/19, 8/10, 8/6, 8/20, 8/21, 196/7.

b) Das Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der Fulda bis zur alten Brücke Flur 15, Flurstücke 52/2, 53 und 52/3.

c) Insel mit Erlengebüsch dicht am östlichen Fuldaufer zwischen der alten Brücke Flur 13, Flurstück 51/3 und dem Wehr Flur 13, Flurstück 62. Die Insel ist Bestandteil des Fuldalaufes, Flur 13, Flurstück 61/1.

d) Der Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des Bahnhofes Flur 17, Flurstücke 428/10, 9, 8, 7/2, 7/1 und Flur 25, Flurstücke 26/1 und Teilstück aus Flurstück 84 (Weg soweit es an das Flurstück 26/1 angrenzt).

4. Das Altwasser der Fulda in der Gemarkung Röhrenfurth Flur 4, Flurstücke 62, 61, 120 und 60.

5. **Der Schloßberg in Spangenberg**  
In der Gemarkung Spangenberg Flur 8 I, Flurstücke 25, 26, 27, 28, 29, 30, 116, 117, 80, 158/75, 81, 31, Teilstück aus 107/1 (Weg) - der Teil, der an die Flurstücke 27, 28, 29, 30 angrenzt.  
Teilstück aus 111/2 (Weg) - der Teil, der zwischen den Flurstücken 111/1 und 117 liegt, 111/3, 79/1, 153/76, 77, 152/75, 154/76, 151/75, 155/76, 150/76, 149/75, 156/73, 148/75, 147/73, 72, 157/69, 146/75, 69/1, 71, 74, 118, 119, 68, 64/1, 113, 59/5, 59/4, 59/2, 59/3, 60/2, 60/1, 61, 62, 63, 64/2, 65, 66, 67 - sowie die gesamte Flur 8 II.

**§ 2**

1. Es ist verboten, innerhalb der in § 1 beschriebenen Landschaftsschutzgebiete Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuß zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.
2. Es ist insbesondere verboten:
  - a) Müll, Schutt oder sonstige Sachen an anderen als an den mit Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde zugelassenen Plätzen abzulagern oder zu verbrennen;
  - b) auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und in Forstkulturen zu lagern und außerhalb der von der unteren Naturschutzbehörde zugelassenen Plätze Wohnwagen abzustellen;
  - c) die Ruhe in der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören;
  - d) die für den allgemeinen Verkehr nicht zugelassenen Wege mit Kraftfahrzeugen aller Art zu befahren und Kraftfahrzeuge dort abzustellen. Der Anliegerverkehr zu Wohnplätzen und der land- und forst-

wirtschaftliche Verkehr bleiben hiervon unberührt;

- e) Verkaufsstände (auch fahrbare) sowie Buden, Baracken, abgewrackte Fahrzeuge und ähnliche Baulichkeiten zu errichten oder aufzustellen, dies gilt nicht für Arbeiterschutzhütten und Arbeiterwohnwagen, die betrieblichen Zwecken der Forstwirtschaft dienen oder die zur Ausführung öffentlicher Baumaßnahmen aller Art notwendig sind;
- f) Liegewiesen (-flächen) und Badeplätze außerhalb der von der unteren Naturschutzbehörde zugelassenen Stellen zu errichten;
- g) an den Gewässern und auf den Parkplätzen Kraftfahrzeuge zu waschen und zu pflegen;
- h) Vogelschutzgehölze und Pflanzungen, die der Landschaftspflege dienen, zu beseitigen oder zu beschädigen.

**§ 3**

1. Zur Vermeidung der in § 2, Abs. 1 genannten schädigenden Wirkungen bedürfen folgende Vorhaben der vorherigen Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde:

a) Die Errichtung von Bauwerken aller Art, auch wenn sie keiner bauaufsichtlichen Genehmigung oder Bauanzeige bedürfen. Die Zustimmung zu Baumaßnahmen kann hinsichtlich der Gestaltung der Baukörper, der Außen- und Dachflächen, der Einfriedigung und der Einbindung der Bauwerke in die Landschaft mit besonderen Auflagen verbunden werden.

b) Das Anbringen von Werbevorrichtungen und Hinweistafeln, auch soweit sie dem Fremdenverkehr dienen. Die untere Naturschutzbehörde kann die Gestaltung dieser Vorrichtungen allgemein vorschreiben. Bild- oder Schrifttafeln, die auf den Schutz der Landschaft hinweisen, der Kennzeichnung der Wanderwege oder der Verkehrsregelung dienen, bedürfen keiner Zustimmung;

c) Die Beseitigung von Hecken, Bäumen und Gehölzen außerhalb von Waldungen und entlang von Wasserläufen. Die Holznutzung der Hecken ist gestattet, wenn die Möglichkeit des Stockauschlages erhalten bleibt. Hecken, Bäume und Gehölze an Verkehrswegen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit beseitigt werden müssen, bleiben hiervon ausgenommen.

d) Die Entnahme oder das Einbringen von Bodenbestandteilen oder sonstige Veränderungen der Bodengestaltung. Ausgenommen ist die Ausbeutung bereits im Abbau befindlicher Lagerstätten innerhalb des Geltungsbereiches dieser Verordnung, soweit es sich nicht um wesentliche Erweiterungen handelt. Nach Einstellung des Abbaues sind die ausgebeuteten Grundstücke einschließlich etwaiger Schutthalde nach Angabe der unteren Naturschutzbehörde zu rekultivieren. Die untere Naturschutzbehörde ist berechtigt, Sicherheiten für die Rekultivierung zu fordern;

f) Die Anlage und Erweiterung von Materiallagerplätzen;

g) Grundstückseinfriedigungen aller Art. Zugelassen ist die betriebswirtschaftlich notwendige Einfriedigung land- und forstwirtschaftlich genutzter oder dem Erwerbsgartenbau dienender Flächen;

h) wasserwirtschaftliche und wegebauliche Maßnahmen sowie der Bau von Schienen- und Seilbahnen und von Versorgungseinrichtungen jeglicher Art, insbesondere von Freileitungen. Ausgenommen bleiben Be- und Entwässerungsmaßnahmen auf land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken und Wegebauarbeiten zur besseren Er-

schließung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke.

2. Die Zustimmung kann von Auflagen abhängig gemacht werden. Sie darf nur versagt werden, wenn es sich trotz Auflagen nicht vermeiden läßt, daß das Vorhaben die Natur schädigt, den Naturgenuß beeinträchtigt oder das Landschaftsbild verunstaltet. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn das Vorhaben im überwiegenden öffentlichen Interesse durchgeführt werden muß.

**§ 4**

Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung können auf Antrag in besonderen Fällen von der unteren Naturschutzbehörde zugelassen werden.

**§ 5**

1. Wer den Bestimmungen des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 23 des Reichsnaturschutzgesetzes und § 15 der Durchführungsverordnung bestraft.

**§ 6**

1. Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Teil des „Melsunger Tageblattes“ und der „Hessischen Allgemeinen“ in Kraft.  
2. Zugleich treten die bisherigen zum Schutze der in dieser Verordnung bezeichneten Landschaftsteile erlassenen Verordnungen außer Kraft.

Melsungen, den 19. Dez. 1969

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen  
- als untere Naturschutzbehörde -



13 (1), des § 15, des § 16 (1), des § 21 und des § 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und an das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) i. V. m. § 6 (1 u. 2), § 7 (1 bis 4), § 9 und § 17 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. des § 22 des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159) wird mit Zustimmung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

**Artikel 1**  
§ 4 der o. a. Naturdenkmalverordnung erhält folgende Fassung:  
(1) Wer vorsätzlich ein Naturdenkmal oder seine geschützte Umgebung entfernt, zerstört oder verändert, wird gemäß § 21 RNG bestraft.  
(2) Wer fahrlässig ein Naturdenkmal oder seine geschützte Umgebung entfernt, zerstört oder verändert, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 21a (1) RNG.

**Artikel 2**  
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.  
Melsungen, den 13. Nov. 1973  
Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

**Anpassungsverordnung**  
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen  
a) alter Fuldaarm, Gemarkung Konnefeld vom 18. 3. 1964  
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen und im Melsunger Tageblatt Nr. 69 vom 21. 3. 1964

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

**Artikel 1**  
§ 4 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:  
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,  
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. des § 3 Abs. 1 dieser Verordnung vornimmt.

**Artikel 2**  
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.  
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

**Anpassungsverordnung**  
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen  
a) Vockeröder Heide, Gemarkung Spangenberg/Ortsteil Vockerode vom 26. 1. 1966  
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen und im Melsunger Tageblatt Nr. 34 vom 10. 2. 1966

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

**Artikel 1**  
§ 4 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:

**Artikel 2**  
7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.  
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

**Anpassungsverordnung**  
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen  
a) Landschaftsschutzgebiet Helligenberg, Gemarkung Gensungen, vom 13. 6. 1950.

veröffentlicht im Amtlichen Kreisblatt Nr. 26 v. 30. 6. 1950  
Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

**Artikel 1**  
§ 4 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:  
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

**Artikel 2**  
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.  
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

**Anpassungsverordnung**  
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen

a) Burgberg der Altenburg, Gemarkung Felsberg-Ortsteil Altenburg  
b) Schloßberg der Felsburg, Gemarkung Felsberg  
c) Acker auf dem Weinberg (alter Schießstand), Gemarkung Felsberg  
d) Abhang des Kesselberges, Gemarkung Melsungen  
e) Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der alten Fuldabrücke, Gemarkung Melsungen  
f) Insel mit Erlengebüsch am östlichen Fuldaufer zwischen der alten Brücke und dem Wehr, Gemarkung Melsungen  
g) Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des Bahnhofes, Gemarkung Melsungen  
h) Altwasser der Fulda, Gemarkung Melsungen-Ortsteil Röhrenfurth  
i) Schloßberg in Spangenberg, vom 19. 12. 1969  
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen vom 27. 1. 1970

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

**Artikel 1**  
§ 5 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:  
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,  
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. § 3 Abs. 1 Buchst. a-h dieser Verordnung vornimmt.

**Artikel 2**  
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.  
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

d) Schwarzbachtal, Gemarkung Guxhagen/Wollrode  
e) Wäldchen bei der ehem. Obstbauschule Breitenau, Gemarkung Guxhagen  
d) Akazienbestand am südlichen Tunneleingang, Gemarkung Guxhagen  
e) Waldbestand im Graben am Ortsausgang nach Malsfeld, Gemarkung Malsfeld-Ortsteil Dagobertshausen  
f) Wäldchen südwestl. Deute, an der B 254

g) Wäldchen links der Fulda zwischen Lobenhäusen und Wagenfurth, Gemarkung Körle-Ortsteil Lobenhäusen und Wagenfurth  
h) Wasserburg am südöstl. Dorfausgang, Gemarkung Gensungen-Ortsteil Hesserode

i) Wacholderbestand im „Hain“, Gemarkung Konnefeld  
j) Waldbestand „Malkütte“, Gemarkung Malsfeld

k) Rhündaberg und Rhündatal vom Dorfende bis Grundmühle, Gemarkung Rhünda

l) Wäldchen südwestlich von Wolfershausen, Gemarkung Brunlar-Ortsteil Wolfershausen

m) Wald links der Mülmisch, Eingang des Mülmischtales zwischen Straße und Bach, Gemarkung Körle

n) Eichenbestand nördlich von Lohre, Gemarkung Felsberg-Ortsteil Lohre

o) Buchwerk „Häusergrund“, Gemarkung Heina  
p) Wäldchen am Geschellenberg, Gemarkung Hilgershausen  
vom 31. 12. 1956

veröffentlicht im Hess. Staatsanzeiger Nr. 2 vom 12. 1. 1957  
Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

**Artikel 1**  
§ 8 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:  
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,  
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. des § 3 dieser Verordnung vornimmt.

**Artikel 2**  
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.  
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -

**Anpassungsverordnung**  
zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen

a) Burgberg der Altenburg, Gemarkung Felsberg-Ortsteil Altenburg  
b) Schloßberg der Felsburg, Gemarkung Felsberg  
c) Acker auf dem Weinberg (alter Schießstand), Gemarkung Felsberg  
d) Abhang des Kesselberges, Gemarkung Melsungen  
e) Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der alten Fuldabrücke, Gemarkung Melsungen  
f) Insel mit Erlengebüsch am östlichen Fuldaufer zwischen der alten Brücke und dem Wehr, Gemarkung Melsungen  
g) Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des Bahnhofes, Gemarkung Melsungen  
h) Altwasser der Fulda, Gemarkung Melsungen-Ortsteil Röhrenfurth  
i) Schloßberg in Spangenberg, vom 19. 12. 1969  
veröffentlicht in der Hess. Allgemeinen vom 27. 1. 1970

Aufgrund der §§ 5, 19 und 21a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) i. d. F. der Ergänzungsverordnungen vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6. 8. 1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8. 3. 1968 (GVBl. I S. 63) i. V. m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

**Artikel 1**  
§ 5 der o. a. Verordnung erhält folgende Fassung:  
Ordnungswidrig i. S. des § 21a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig 1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,  
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. § 3 Abs. 1 Buchst. a-h dieser Verordnung vornimmt.

**Artikel 2**  
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.  
Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß des Landkreises Melsungen - als untere Naturschutzbehörde -





## Anpassungsverordnung

zur Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im Kreis Melsungen

- a) Burgberg der Altenburg, Gemarkung Felsberg-Ortsteil Altenburg
- b) Schloßberg der Felsburg, Gemarkung Felsberg
- c) Acker auf dem Weinberg(alter Schießstand), Gemarkung Felsberg
- d) Abhang des Kesselberges, Gemarkung Melsungen
- e) Gelände zwischen dem Schwarzenberger Weg und der alten Fulda-  
brücke, Gemarkung Melsungen
- f) Insel mit Erlengebüsch am östlichen Fuldaufer zwischen der  
alten Brücke und dem Wehr, Gemarkung Melsungen
- g) Abhang zur Fulda von der ehemaligen Ölmühle bis unterhalb des  
Bahnhofs, Gemarkung Melsungen
- h) Altwasser der Fulda, Gemarkung Melsungen-Ortsteil Röhrenfurth
- i) Schloßberg in Spangenberg

vom 19. 12. 1969

veröffentlicht in der Hess.Allgemeinen vom 27.1.1970

Auf Grund der §§ 5, 19 und 21 a des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26.6.1935 (RGBl. I S. 821) i.d.F. des 3. Änderungsgesetzes vom 20.1.1938 (RGBl. I S.36) und des Hess. Gesetzes zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG vom 5.10.1970 (GVBl. I S. 598) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31.10.1935 (RGBl. I S. 1275) i.d.F. der Ergänzungsverordnungen vom 16.9.1938 (RGBl. I S. 1184) und vom 6.8.1943 (RGBl. I S. 481) und des § 22 des Reichsnaturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 8.3.1968 (GVBl. I S.63) i.V.m. § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25.10.1958 (GVBl. I S. 159), wird mit Ermächtigung des Regierungspräsidenten in Kassel - höhere Naturschutzbehörde - vom 4. März 1971 folgendes verordnet:

### Artikel 1

§ 5 der o.a. Verordnung erhält folgende Fassung:

Ordnungswidrig i.S. des § 21 a Abs. 3 und 4 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Verboten des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i.S. § 3 Abs. 1 Buchst. a - h dieser Verordnung vornimmt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Hess. Allgemeinen in Kraft.

Melsungen, den 13. Nov. 1973

Der Kreisausschuß  
des Landkreises Melsungen  
- als untere Naturschutzbehörde -

Die Übereinstimmung mit dem Original  
wird hiermit bescheinigt

Regierungspräsidium Kassel,  
den 17.05.2010  
Im Auftrag  
*Landgraf*  
(Landgräfe)

